

Zukunft der integrierten Stadt- und Gemeindeentwicklung in Sachsen

Von einer zerklüfteten Förderlandschaft zum abgestimmten Handeln

Befund:

Sachsens Förderpraxis ist fragmentiert und kaum noch beherrschbar:

Bereits 2022 hat die Förderkommission II festgestellt, dass mit 333 Förderprogrammen und 1.773 Fördergegenständen in Sachsen „über die Jahre ein Dickicht aus Förderprogrammen, -gegenständen und -bedingungen entstanden [ist], welches sich der politischen und administrativen Steuerung zunehmend entzieht und auch für die Adressaten der Förderung kaum überschaubar ist“¹.

Das Fördermittelmanagement ist insgesamt ineffizient:

Innerhalb von der zerklüfteten Förderlandschaft sind mit 56 Bewilligungsstellen umfangreiche Verwaltungsstrukturen gewachsen. Allein die Sächsische Aufbaubank beschäftigt rund 1.200 Mitarbeiter.

Zudem erfordert die vorwiegend sektorale Förderlogik eine Vielzahl an Fachkonzepten², welche auf kommunaler Ebene strategisch begleitet und in der Regel von externen Dienstleistern erarbeitet werden müssen. Diese Strukturen erfordern einen hohen personellen und finanziellen Aufwand, der sich im Ergebnis nicht hinreichend widerspiegelt.

Die angespannte kommunale Haushaltssituation erschwert die Finanzierung von Eigenanteilen:

Immer mehr sächsische Kommunen befinden sich in einer schwierigen Haushaltsslage. „Von allen östlichen Bundesländern hatten Sachsens Kommunen 2024 das höchste Haushaltsdefizit (840 Mio. Euro bzw. 207 Euro je Einwohner)“³. Der Jahresbericht (2023) des Sächsischen Rechnungshofes stellte bei 9 von 10 Landkreisen anhand ihrer Haushaltskennzahlen eine instabile Haushaltsslage fest. Gleichzeitig stehen die Kommunen wachsenden Pflichtaufgaben gegenüber.

Der Demografische Wandel führt zu erheblichen Fachkräftemangel:

„Bereits in den kommenden Jahren wird der Freistaat Sachsen – vor allem in den Regionen außerhalb der Großstädte – einen deutlichen Rückgang an Erwerbspersonen verzeichnen. Bis 2030 könnten bis zu 300.000 Arbeitskräfte fehlen. Dieser Rückgang ist nicht vorübergehend, sondern strukturell bedingt.“⁴ Der Fachkräftemangel wirkt sich auch auf die Stadt- und Gemeindeverwaltungen aus. Es drohen Handlungsunfähigkeit und Stillstand.

¹ Bericht der Förderkommission II, S. 1

² wie beispielsweise Lärmaktionspläne, Stadtklima- und Hitzeschutzkonzepte, Hochwasserschutzpläne, kommunale Wärmeplanungen etc.

³ <https://www.ssg-sachsen.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/2025/17-kommunaler-finanzreport-2025-der-bertelsmann-stiftung-veroeffentlicht-protokoll-einer-vernachlaessigung-der-saechsischen-kommunen-durch-den-bund-und-den-freistaat-sachsen/>, Abruf am 18.06.2026.

⁴ <https://www.zefas.sachsen.de/fachkraeftesicherung-sachsen-handlungsdruck-KMU.html>, Abruf am 18.06.2026.

Der Umbau der Förderpraxis in Sachsen ist unabdingbar und dringend!

Diagnose:

Demokratiegefährdung durch Demotivation und zunehmend eingeschränkte

Handlungsfähigkeit:

Die sichtbaren Mängel der aktuellen Förderpraxis, der wachsende Anteil an Pflichtaufgaben und die schwierige finanzielle Haushaltssituation in sächsischen Kommunen führen zu einer zunehmend eingeschränkten Handlungsfähigkeit der Kommunen. Je kleiner eine Kommune ist, desto größer sind bspw. die Anteile der pflichtigen Ausgaben (Kita, Personal, Abgaben an Kreis usw.). Das hat eine fortschreitende Demotivation und eine sinkende Gestaltungsbereitschaft lokaler Akteure zur Folge und treibt schlussendlich die Prozesse zur Aushöhlung der Demokratie weiter an (z. B. wachsender schwieriger Mehrheitsverhältnisse in den Stadt- und Gemeindeparlamenten).

Integriertes Handeln ermöglicht Bürokratieabbau und effizienten Fördermitteleinsatz – fünf Ansätze zum Handeln

Therapieansätze:

Im Rahmen des Fachforums Fördermittel und Baukultur (10.12.2025 Kulturpalast, Dresden) wurden mit Vertreterinnen und Vertretern des SMIL, des SSG, BDA sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Gründe und Lösungsansätze für eine Fehlerbereinigung der sächsischen Förderlandschaft und -praxis diskutiert⁵:

Ansatz 1 – Integrierte Stadt- bzw. Gemeindeentwicklungskonzepte (INSEK/INGEKO) als Ausgangspunkt für Bürokratieabbau und Stärkung der lokalen Qualitäten nutzen

Integrierte Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzepte formulieren die strategischen Leitplanken zukünftiger kommunaler Entwicklungen. Sie können verschiedene Fachthemen der Stadt- und Gemeindeentwicklung bündeln und durch die Überlagerung und Abstimmung von Handlungserfordernissen Synergien und Mehrwerte ermöglichen. Wenn sie – wie im Koalitionsvertrag festgelegt – landesweit etabliert werden, können INSEKs/INGEKOs Ausgangspunkt für die zielgerichtete und qualitätvolle Weiterentwicklung lokaler Charakteristika, Bürokratieabbau sowie kostensparenden/effizienten Fördermitteleinsatz sein.

Eine finanzielle Unterstützung – vor allem kleinerer Kommunen – bei der INSEK/INGEKO-Erarbeitung wird dringend empfohlen.

Weitere Einsparungen können mit der Integration von Fachkonzepten/Fachplanungen in ein INSEK/INGEKO sowie durch die Vereinbarung von Mindeststandards als Fördervoraussetzung erzielt werden. **Die Reduktion der aktuell geforderten verschiedenen Zusatzkonzepte (Wärmeplanung, Hitze-/Lärmaktionsplan etc.) ist vor allem für kleine Kommunen notwendig.**

Ansatz 2 – Förderprogramme bündeln und Zuweisungen pauschalisieren

Die Zusammenführung verschiedener Fachförderungen in Rahmenförderprogramme/feste Förderbudgets über längere Förderzeiträume auf Landesebene (vgl. Vorschläge Deutscher Städtetag 2022, Kommunalen Finanzreport Bertelsmann Stiftung 2025) führt zur Vergrößerung der kommunalen Handlungsspielräume und ermöglicht das notwendige flexible Reagieren der Kommunen auf sich verändernde Rahmenbedingungen. Beispiele guter Praxis sind einerseits die Programme Städtebauförderung, ESF und EFRE (als Rahmenförderungen) sowie andererseits

⁵ Die Forderungen verstehen sich als Fortschreibung, weitere Untersetzung bzw. Konkretisierung der 17 Handlungsempfehlungen der Förderkommission II, 2022.

LEADER und die Nationalen Projekte des Städtebaus, welche niedrighschwellige Handlungsspielräume, bei gleichzeitig hoher Projektqualität (Beurteilung durch eine Fachjury) für Kommunen eröffnen. Dabei ist zu prüfen, welche Möglichkeiten der Freistaat Sachsen bei der **Gestaltung der Förderung (z. B. regionalisierte Budgets, pauschaliert und budgetiert nach Förderbereichen o.ä.) im Rahmen der Neuaufstellung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU ab 2028 hat.**

Gleichzeitig können Kommunen **im Zuge der Erarbeitung von integrierten Konzepten auf eine fachlich sinnvolle Kopplung von Fördergegenständen** (Berücksichtigung komplexer Wechselbezüge z. B. zwischen Wohnungsmarkt, Infrastrukturen und Klimaanpassungserfordernisse) **einwirken** und damit die **Vermeidung von Doppelförderungen proaktiv steuern.**

Ansatz 3 – Praxis des integrierten Ansatzes auf allen Handlungsebenen durchsetzen und Kommunikation verbessern

Das abgestimmte Handeln auf kommunaler Ebene erfordert eine gespiegelte ressortübergreifende Praxis auf Landesebene. Ein wichtiger Baustein zur Verwirklichung dieses Mehr-Ebenen-Ansatzes, ist die Zielstellung der Landesregierung, die Bewilligungsstellen von 56 auf fünf zu reduzieren (Sächsische Aufbaubank, Landesdirektion Sachsen, Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Kommunaler Sozialverband). **Eine schnelle Umsetzung dieses Vorhabens ist dringend geboten und schont sowohl in der Landesregierung (inkl. der Bewilligungsstellen) als auch auf kommunaler Ebene finanzielle und personelle Ressourcen.**

Der **Aufbau eines umfassenden Förderportals** im Zuge der Digitalisierung unterstützt ergänzend die notwendige passgenaue Kommunikation und Beratung der Kommunen.

Ansatz 4 – Flexibilisierung bei der Erbringung kommunaler Eigenmittel für Förderprogramme ermöglichen

Fehlende Eigenmittel der Kommunen gefährden zunehmend die Inanspruchnahme von Fördermitteln und erzeugen zukünftig eine Ungleichverteilung der Fördermittel zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen, zwischen ländlichen und städtisch geprägten Räumen. **Es muss eine alternative Regelung (z. B. die Anerkennung privater Mittel oder personeller Ressourcen als kommunaler Eigenanteil o.ä. in Ergänzung zur Inanspruchnahme von Kommunalدارlehen), entsprechend lokalspezifischer Rahmenbedingungen, geschaffen werden.**

Ansatz 5 – Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung und damit die Demokratie vor Ort stärken

Im Rahmen eines INSEK/INGEKO-Prozesses erarbeitet die Stadtverwaltung (i.d.R. mit Unterstützung durch einen Dienstleister) im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses zwischen Fachplanern, Stadtpolitik, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit eine legitimierte, lokal spezifische Handlungsstrategie mit einem Zeithorizont von ca. 10 Jahren. Diese Strategie definiert die Leitplanken des jeweiligen kommunalen Handelns und ist die Basis für das Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Auf Basis eines **definierten Handlungskorridors** sollten Kommunen **Handlungsspielräume bei der Verwendung finanzieller Mittel eingeräumt werden, so dass die Stadtgesellschaft eine handlungsfähige Stadtpolitik und -verwaltung erlebt.** Dadurch werden bewährte demokratische Strukturen vor Ort gestärkt.